

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden  
Verleger: Carl Neubauer  
Redaktion: Dresden, K. L., Marktplatz 24/25

Bezugspreis vom 1. d. M. 1929 bis 31. Januar 1930 bei monatlicher Zustellung inkl. Post 1,70 RM.  
Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreis: Die Zeile 40 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote 20 Pf., außerhalb 25 Pf., die 90 mm breite Werbeanzeige 300 Pf., außerhalb 250 Pf.  
Offertengelder 20 Pf. Kautionspflicht gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 106, Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachr.) 24/25, 1930  
Schulbücher werden nicht aufbewahrt

## Moldenhauer zur Finanz- und Kassenlage Ohne Kreuzer-Anleihe schwere Ultimo-Juni-Krise

### Ueberschuß erst Ende September

Berlin, 24. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages begann heute die Beratung des Zündwarenmonopolses. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer begründete den Gesetzentwurf und gab dabei eine allgemeine Uebersicht über die Kassenlage des Reiches. Er führte an: Mit Hilfe des im Dezember von den Banken gegebenen Ueberbrückungskredits in Höhe von 350 Millionen Mark ist es gelungen, den Ultimo Dezember ohne weitere Schwierigkeiten zu überwinden. Der Betriebskredit der Reichsbank konnte am 31. Dezember 1929, wie es im Bankgesetz vorgesehen ist, reiflos abgedeckt werden. Inzwischen ist durch die im Januar fälligen Steuererlöszahlungen eine Verbesserung der Kassenlage in dem Maße eingetreten, daß

#### im Augenblick Schwierigkeiten nicht bestehen

Am 31. Januar wäre ein Bankenkredit in Höhe von 300 Millionen Mark zur Rückzahlung fällig; inzwischen ist aber dieser Kredit auf etwa 6 bis 8 Monate verlängert worden. Somit ist für die Monate Januar bis März mit folgenden Ueberschüssen oder Fehlbeträgen zu rechnen:

- Für Januar: Ueberschuß von 117 Millionen Mark.
  - Für Februar: Fehlbetrag von 117 Millionen Mark.
  - Für März: Fehlbetrag von 140 Millionen Mark.
- Ende März wird ein Fehlbetrag von etwa 140 bis 150 Millionen Mark vorhanden sein.

Zur Deckung dieses Fehlbetrages werden rund 55 bis 60 Millionen Mark aus der Abrechnung mit dem Generalagenten, bzw. mit der Reichsbahn nach Inkrafttreten des Youngplans verfügbar werden, die jetzt infolge der nachträglichen Zahlung des Reichsbankanteils an der Lamesannuität von Generalagenten noch zurückgehalten werden. 20 Millionen Mark werden aus dem Verkauf von Effekten stüffig gemacht werden können. Ueber die Deckung des noch verbleibenden Fehlbetrages sind Verhandlungen eingeleitet worden, von denen ich hoffe, daß sie zu dem gewünschten Erfolge führen werden. Die Berechnungen lassen sich im voraus natürlich nicht so genau anstellen, daß sie als absolut richtig angesehen werden können.

Gibt die in den letzten Monaten beobachtete Steuersdepression noch länger an und verdrängt sich die unsäglich Lage des Arbeitsmarktes noch über das erwartete Maß hinaus, dann können diese beiden Punkte eine Verschlechterung der Kassenlage um etwa 100 bis 120 Millionen Mark herbeiführen.

Ob mit einer solchen Verschlechterung aber tatsächlich gerechnet werden muß, wird sich kaum vor Mitte Februar übersehen lassen.

Nach den für das erste Halbjahr des Rechnungsjahres 1930 aufgestellten Kassenplänen ergeben sich für die einzelnen Monate folgende Ueberschüsse oder Fehlbeträge:

- Für April 1930: Ueberschuß von 5 Millionen.
- Für Mai 1930: Fehlbetrag von 194 Millionen.
- Für Juni 1930: Fehlbetrag von 84 Millionen.
- Für erstes Vierteljahr 1930: Fehlbetrag von 273 Millionen.
- Für Juli 1930: Ueberschuß von 197 Millionen.
- Für August 1930: Fehlbetrag von 17 Millionen.
- Für September 1930: Fehlbetrag von 84 Millionen.
- Für zweites Vierteljahr: Ueberschuß von 96 Millionen.

Dieser Betrag erhöht sich durch die erste Rate der Kreuzeranleihe um 186 Millionen, durch die Änderung

des Recovery-Akt-Verfahrens (Freiwerden eines jetzt in Devisen gebundenen Reservefonds) um 14 Millionen.

Im zweiten Vierteljahr wird also kassenmäßig ein Ueberschuß von 305 Millionen vorhanden sein, mit dem der Fehlbetrag des ersten Vierteljahres abgedeckt und Kredite in Höhe von rund 40 Millionen zurückgezahlt werden können.

In den veranschlagten Ausgaben für die Monate April bis September sind hierbei monatlich je 50 Millionen RM. zur Abdeckung des von den Banken gegebenen Ueberbrückungskredits von 350 Millionen RM. enthalten, so daß dieser Kredit Ende September mit 300 Millionen abgedeckt sein wird.

Der Minister wies darauf hin, daß trotz Ausnahme des Youngplans die Kassenlage des Reiches nach wie vor äußerst angespannt bleibe. Er sehe zur Ueberwindung des Ultimo Juni mit seinem Fehlbetrag von 273 Millionen RM. keinen Weg, wenn die Kreuzeranleihe nicht zustande komme.

Der Vorsitzende des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates, Dr. Krämer, berichtete dann über die Verhältnisse der deutschen Zündholzfabrikation, über die ganz falsche Meinungen verbreitet seien. Die Gesamtproduktion im Jahre betrage 220.000 Normalkisten, in die sich 40 Fabriken teilten. Manche Fabriken hätten eine Tagesproduktion von nur einer Kiste. Einschließlich der laumännlichen Anstellten beschäftige diese ganze Industrie kaum mehr als 3000 Leute. Der Gesamtproduktionswert sei höchstens 22 Millionen, also ein ganz winziger Ausschüttel aus der deutschen Wirtschaft. Es könne auch keine Rede davon sein, daß durch eine Verteuerung der Zündhölzer die Kermis gestört würden.

75 v. d. der Zündhölzer würden von den Rauchern benutzt, die heute allein 82 Milliarden Zigaretten jährlich verbrauchten. Für das Monopol hätten sich nicht nur die Schweden, sondern auch die deutschen Zündholzfabrikanten eingestellt. Der Direktor der Reichsbankkreditanstalt, Dr. Ritzler, machte dann vertrauliche Ausführungen über die Verhandlungen mit dem Schwedentrust. Der Ausschuss verlangte sich am Sonnabend, da die Mitglieder des Ausschusses für die Aussprache über die Kassenlage des Reiches zunächst mit ihren Fraktionen Fühlung nehmen wollten.

### Faktionsführerprüfung über die Reichskant

Berlin, 24. Jan. Am nächsten Montag findet eine Besprechung der Fraktionsführer der Regierungsparteien statt, die in erster Linie der Reichsbankfrage gilt. Es ist anzunehmen, daß vorher von keiner Seite Entscheidungen getroffen werden oder eine Fehleingabe erfolgt. Auf der anderen Seite rechnet man in den Kreisen der Regierungsparteien darauf, daß bis dahin volle Klarheit über die Absichten und Ziele des Kabinetts in der Reichsbankfrage geschaffen wird.

### Geht Hessen in Preußen auf?

Darmstadt, 24. Jan. Wie man hört, herrscht in führenden Kreisen der heissigen Demokraten große Neigung, das baldige fast bedingungslose Aufgehen Hessens in Preußen zu fördern. Eine andere einflussreiche Gruppe der Partei wünscht, daß zunächst einmal das Sparprogramm der Regierung durchgeführt und so gezeigt werde, inwieweit es Hessen doch schließlich noch möglich sei, sich selbst über Wasser zu halten. In diesen bedeutsamen Fragen soll eine Landesausschussprüfung der demokratischen Partei Hessens am Sonntag in Frankfurt Stellung nehmen.

### Die Verhandlungen um eine Große Koalition in Preußen

Drachtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Jan. In aufsteigenden Kreisen wird der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung als vielleicht schon für die nächste Woche bevorstehend bezeichnet. Es handelt sich dabei allerdings um Zweckmündungen, die verbreitet werden, um die

#### Wünsche der Linken nach Einbeziehung der Volkspartei

zu erleichtern. Mit dem preussischen Ministerpräsidenten selbst ist noch nicht Fühlung genommen worden, doch wird darauf hingewiesen, daß er bald Schritte unternehmen wird, vor allen Dingen, wenn die Fraktionen gesprochen haben. Die Linkspresse ist aber auch bereits dabei, für den Fall der Einbeziehung der Volkspartei gewisse Bedingungen zu stellen. So wird u. a. gefordert, daß die volksparteiliche Preußenfraktion ihre Verbindung zum Stahlhelm und ähnlichen Kreisen aufgeben möge. Man sieht also bereits, wie der Wind weht. Mit dem Zentrum sind ebenfalls bereits Besprechungen ausgenommen worden, und es wird von Linkskreisen die Weidung lanciert, daß sich das Zentrum mit der Beratung eines sozialdemokratischen Kultusministers einverstanden erklärt habe.

Unter diese Gerüchte wird man jedoch nach den kulturpolitischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit ein großes Fragezeichen machen müssen. Alles in allem ist das letzte Wort jedoch noch nicht gesprochen, und es wird immer noch der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die volksparteiliche Preußenfraktion auf die Schritte der Linken nicht hereinfallen möge.

#### Die demokratische Fraktion des Preussischen Landtags

ist am Freitagvormittag zusammengetreten, um die politische Lage zu besprechen und besonders zur Frage der Bildung der großen Koalition Stellung zu nehmen. Die Sitzung dauert noch an. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich mit der Frage, welcher Redner zum Vergebot sprechen solle. Die Frage der Bildung der großen Koalition wurde nicht erörtert. Man war sich darin einig, daß eine solche Erörterung in der Fraktions-sitzung erst beginnen kann, wenn der Deutschen Volkspartei ein bestimmtes Angebot gemacht wird. Ein solches ist ihr bisher nicht unterbreitet worden.

### Die Ausschussvertreter der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft

Drachtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 24. Januar. In den Ausschüssen des Reichstages waren am Freitag erstmalig die Mitglieder der jüngsten Reichstagsfraktion, der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft, tätig. Die Fraktion hat in den Wirtschaftsausschüssen die Abg. Dr. Mumm und Dr. Wendhausen entsandt. Im Haushaltsausschuß wirkten beim Zündholzmonopolses die Abg. Gatzwig und Redderer mit. In den Strafrechtsausschuß ist Reichsminister a. D. von Reudell entsandt worden. Im auswärtigen Ausschuss ist die neue Fraktion durch Dr. Dörsch, im Bildungsausschuß durch Dr. von Reudell und D. Mumm vertreten.

### Sur Stützung des Roggenpreises

Berlin, 24. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den Roggenpreis vor einem noch weiteren Absinken zu bewahren und ihn auf eine den Produktionskosten angemessene Höhe heraufzubringen.

### Die Sbarie der „Monte Cervantes“

Newyork, 24. Jan. In einem Funkbericht aus Buenos Aires heißt es, daß die „Monte Sarmiento“, ein Schwertschiff der „Monte Cervantes“, heute, von Buenos Aires kommend, in Montevideo eingetroffen ist. Sie hat Anweisung erhalten, alle Passagiere zu landen und dann sofort nach Ushuaia weiterzufahren, um die Passagiere der gestrandeten „Monte Cervantes“ am Bord zu nehmen. Die isolierte Lage der „Monte Cervantes“ macht eine Funkverbindung sehr schwierig.

#### Ushuaia ist ein einsamer über Ort

In der Nähe der südlichsten Spitze Südamerikas, bekannt als Strafkolonie. Hier leben zahlreiche zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilte Sträflinge. Die 1100 isolierten Fahrkräfte, unter denen sich über 100 Militonäre befinden, werden etwa 12 Tage in Ushuaia verbringen müssen.

Die letzten Funkberichte besagen, daß auch die Mannschaft am Mittwochmorgen die „Monte Cervantes“ verlassen hat, die vermutlich südlich in Gefahr sei, zu versinken. Obwohl über die Ursachen der Strandung noch keine bestimmten Nachrichten vorliegen, wird angenommen, daß wahrscheinlich Meeresströmungen den Dampfer von seinem Kurse abdrängten.

## Abrüstungsreden Tardieus

### Aber: Zuerst Sicherheit für das „französische Reich“!

Drachtmeldung unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 24. Jan. Um hinter Macdonald nicht zurückzulassen, hat Tardieu gestern außer seinem großen Exposé, das er in der Konferenzsitzung gemacht hat, von London aus vor den amerikanischen Radiohörern gesprochen, und zwar auf englisch.

Obwohl hat Tardieu gestern abend für die französischen Radiohörer von London aus eine Propaganda-sprache gehalten. In dieser erklärte Tardieu: Der auf der Pariser Konferenz errungene Erfolg ist in zwei Punkten von weltweiter Bedeutung. Das System der Reparationszahlungen ist mit allen nur wünschenswerten Garantien zwischen den Verbündeten und Deutschland endgültig geregelt; aber auch in einem weite gegenseitigen Vertrauens, das selbst eine Garantie bildet. Wenn jedermann dem gegebenen Wort treu bleibt, so ist der Friede in dieser Frage der Reparationen gesichert. Dann erwähnt Tardieu die Regelung der Reparationszahlungen und geht zur Londoner Konferenz über. Darüber sagt er: „Frankreich ist seiner selbst und seiner Absichten sicher nach London gekommen und hat seine Streitkräfte zu Wasser und zu Lande im Verhältnis zum Jahre 1914 schon um ein Drittel herabgesetzt, aber es ist entschlossen, sie nicht mehr als jene Sicherheit es zuläßt, herabzusetzen. Entweder müssen ganz positive und präzise internationale Verträge eine feste Garantie gegen den etwaigen Angreifer

schaffen, oder die eigenen Verteidigungsmittel, die die Sicherheit des französischen Reiches gegen diesen Angreifer erfordert, müssen vorhanden sein.

Ich sage ausdrücklich: Französisches Reich (simpler francois), denn ich mache keine Trennung zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonien. Diese bilden als Ganzes eine Masse von 100 Millionen Menschen.

Im vollen Einverständnis mit meinen Kollegen werde ich die Bedürfnisse Frankreichs verteidigen. Ich bin aber bereit, die Hilfsmittel unseres direkten Schutzes zu vermindern, wenn man dazu kommt, entsprechende Hilfsmittel des Kollektivschutzes zu schaffen, denn jede Epoche hat ihre besondere Pflicht. Vor zwölf Jahren war es Pflicht, den Krieg zu organisieren, um damit Schluss zu machen, heute ist es Pflicht, den Frieden zu organisieren, um ihn dauerhaft zu machen. Ich habe die erste dieser Pflichten an der Seite Clemenceaus erfüllt, jetzt habe ich als Chef der Regierung die zweite zu erfüllen.

Auffallend ist in diesen beiden Rundfunkreden des französischen Ministerpräsidenten neben der geschickten, mit großer Täuschung den Zahlen arbeitenden Propaganda für den Frieden und Abrüstungswilligen Frankreichs der bilitärische Ton und das ansehnliche Bekenntnis zum französischen Imperialismus, vor dem Tardieu durchaus nicht zurücksteht. Zum ersten Male seit langer Zeit gebraucht der Chef einer französischen Regierung anstatt des sonst geläufigen Ausdrucks „die französische Republik“ absichtlich und bewußt den Ausdruck „das französische Reich“.